I. Außenpolitische Prioritäten, Lagebeurteilungen, Krisenzonen am Vorabend des Krieges

Heinrich Lutz†

Außenpolitische Tendenzen der Habsburger Monarchie von 1866 bis 1870: „Wiedereintritt in Deutschland“ und Konsolidierung als europäische Macht im Bündnis mit Frankreich

Die europäische Historiographie hat sich nach 1945 ausführlich mit der Bedeutung der preußischen Politik unter Bismarck und der Gründung des Deutschen Reiches 1870/71 beschäftigt. Auch nach dem Ende der damals geschaffenen deutschen Einheit konzentrierte sich das Interesse weiterhin in starkem Maße auf die Sieger von damals. Demgegenüber stellt sich die Aufgabe, die damaligen Veränderungsprozesse Europas in einem weiteren Kontext zu analysieren und eine zu starke Fixierung auf Bismarck und Preußen zu überwinden. Hierzu gehört vor allem eine Untersuchung der österreichisch-ungarischen Innen- und Außenpolitik, die auch nach 1866 noch aufs engste mit der deutschen Frage verknüpft war, während sie andererseits eine durchaus selbständige Funktion im europäischen Rahmen hatte. Diese Doppelstellung der Habsburger Monarchie zwischen der deutschen und der europäischen Geschichte macht nur *eine* der methodischen Schwierigkeiten aus, vor die der Forscher gestellt ist. Eine andere Eigenart der damaligen Situation, aus der sich besondere Anforderungen an den Historiker ergeben, ist das überaus komplexe Ineinanderwirken von innerer und äußerer Politik in dem Vielvölkerstaat der Habsburger, dessen Nationalitätenprobleme durch die dualistische Verfassung von 1867 keineswegs eine befriedigende Lösung gefunden hatten¹.

¹ Eine umfassende Orientierung über die Probleme der inneren und äußeren Politik Österreich-Ungarns bietet jetzt das große Sammelwerk: *Adam Wandruszka/Peter Urbanitsch* (Hrsg.), *Die Habsburger Monarchie 1848–1918*, bisher 4 Bände (Wien 1973 ff.). Ein einführender Überblick in dem Aufsatzband des Ausstellungskatalogs: *Das Zeitalter Kaiser Franz*

Die folgende Skizze gliedert sich in zwei Teile. Eine Einleitung verfolgt rekapitulierend die Bedeutung der deutschen Frage für Österreichs Politik und europäische Stellung von Metternich bis nach Königgrätz. Hier fasse ich einige Ergebnisse der neueren Diskussion zusammen, die u. a. in meinem Buch „Zwischen Habsburg und Preußen. Deutschland 1815–1866“ ihren Niederschlag gefunden haben². Der Hauptteil konzentriert sich auf einige Aspekte der Beziehungen Österreichs zu Frankreich 1869/70. Die Entwicklungen in Südosteuropa, die für Rußland und die russisch-preußischen Blocktendenzen seit 1867 sehr wichtig waren und Österreichs Politik unmittelbar betrafen, können dabei ebensowenig verfolgt werden wie die nicht minder bedeutungsvollen Bemühungen Wiens um die süddeutschen Staaten und ihre Selbständigkeit gegenüber Berlin³.

* * *

Der Deutsche Bund, der für die Mitte Europas ein halbes Jahrhundert friedlicher Entwicklung der wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte sicherte, hatte seit der reaktionären Wende von 1819/20 den freiheitlichen und nationalen Bestrebungen immer weniger Raum geboten. Metternichs erhaltende Politik wurde repressiv und sicherte dadurch zunächst die Macht Österreichs in Europa und über Preußen und das dritte Deutschland. Doch im Zeitalter des aufsteigenden Bürgertums, der Industrialisierung und der nationalen Idee zeigte sich, daß der habsburgische Vielvölkerstaat auf diesem Wege letztlich weder die eigenen Probleme zu lösen noch der deutschen Entwicklung zukunftssträchtige Wege zu weisen vermochte. Anders Preußen, das in eigener Weise alte Autoritätsformen mit wirtschaftlicher und soziokultureller Modernisierung verband und dem bürgerlichen Nationalgedanken näher blieb.

Die Revolution von 1848/49 hatte große Anfangserfolge und stellte alle Fragen der künftigen deutschen Geschichte: ihr Scheitern hängt aufs engste mit dem Ge-

Josephs. I. Teil: Von der Revolution zur Gründerzeit. Niederösterreichische Landesausstellung in Schloß Grafenegg, hrsg. von *Harry Kühnel* (Wien 1984).

² *Heinrich Lutz*, *Zwischen Habsburg und Preußen. Deutschland 1815–1866* (Die Deutschen und ihre Nation 2, Berlin 1985); im folgenden zitiert: *Lutz*, 1815–1866.

³ Für die Entwicklungen von 1867 bis 1872 siehe *Istvan Diószegi*, *Österreich-Ungarn und der französisch-preußische Krieg 1870–1871* (Budapest 1974); *Heinrich Lutz*, *Österreich-Ungarn und die Gründung des Deutschen Reiches. Aspekte europäischer Entscheidungen* (Berlin 1979); im folgenden zitiert: *Lutz*, *Österreich-Ungarn. Weiterführende Beiträge in dem Sammelband: Österreich und die deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert*, hrsg. von *Heinrich Lutz/Helmut Rumpler* (Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit 9, Wien/München 1982); für Süddeutschland siehe auch den Aufsatz von *Lothar Gall* im vorliegenden Band S. 23 ff. – Für die russische Politik und ihre Bedeutung für die Entwicklungen in Südosteuropa siehe *Dieter Beyrau*, *Russische Orientpolitik und die Entstehung des deutschen Kaiserreiches 1866–1870/71* (Wiesbaden 1974) und den Beitrag des gleichen Autors im vorliegenden Band S. 65 ff.

gensatz zwischen den liberalen und den demokratischen Gruppen und mit dem Problem des habsburgischen Vielvölkerstaates zusammen. Die Alternative einer demokratischen Umgestaltung der Habsburger Monarchie wurde damals von der kleindeutsch orientierten Mehrheit der Liberalen nicht ernst genug genommen.

Sie sahen als eigentlichen Partner meist nur die preußische Monarchie. In der Einschätzung der Macht und Bedeutung Österreichs für die deutsche Frage waren die demokratischen Gruppen 1848/49 realistischer. Daß die bisherige Struktur der Habsburger Monarchie zumindest in einer demokratisch-föderalistischen Richtung gründlich umgestaltet werden mußte, um eine freiheitliche Neugestaltung Deutschlands möglich zu machen, ist keine theoretische, nachträgliche Folgerung; dies stand 1848/49 im Programm der Demokraten, allerdings nicht im Programm der in der Frankfurter Paulskirche dominierenden Liberalen⁴. Nach der militärischen Rekonstruktion des Kaiserstaates konnte Schwarzenberg das Bündnis der kleindeutschen Liberalen mit der preußischen Monarchie zunichte machen. Aber der Sieg der Gegenrevolution in Wien und überall in Deutschland führte auch nicht zu dem von Schwarzenberg und Bruck geforderten großösterreichisch-großdeutschen 70-Millionen-Block, sondern nur zur Wiederherstellung des alten, unreformierten Bundes. Preußen und Österreich standen sich – aufgrund der gegenseitigen Blockierung ihrer nachrevolutionären Deutschlandkonzeptionen – immer unverhüllt als Partner eines Machtkampfes um und in Deutschland gegenüber.

Weder der Krimkrieg, noch der italienische Einigungskampf 1859, noch die mittelstaatlichen Reformkonzepte brachten die deutsche Frage deutlich weiter. Auch Österreichs Übergang von einer neoabsolutistischen Modernisierungspolitik zum Verfassungsstaat (1860/61) konnte das Nationalitätenproblem nicht lösen und führte deshalb außerhalb Österreichs nur in beschränktem Ausmaß zu „moralischen Eroberungen“. Der wirtschaftliche und soziokulturelle Vorsprung Preußens und seine nationale Werbekraft wirkten weiter und wurden durch die nachrevolutionäre Verketzerung aller entschiedenen Linkskräfte und die Anpassungsbereitschaft vieler Exponenten des Bürgertums begünstigt. Dagegen blieb die großdeutsche Aktion – gipfelnd in der Frankfurter Bundesreforminitiative Kaiser Franz Josephs 1863 – durch innerösterreichische Widerstände und durch die Widersprüchlichkeit der politischen Ziele (von ganz rechts bis links) gehemmt. Sie scheiterte rasch an dem preußischen Boykott, der Bismarcks Werk war. Bismarcks Eingreifen in die deutsche Frage war durch großartige Manipulationskunst gekennzeichnet, die über die klassische Diplomatie hinaus die Nationalidee in Dienst zu nehmen wußte. Es gelingt ihm in der Schleswig-Holstein-Frage, Österreich von seiner traditionellen Anhängerschaft unter den Mittel- und Kleinstaaten des Bundes zu trennen. 1866 kreist er Österreich durch das Bündnis mit Italien ein; der Krieg gegen Österreich (und die Mehrheit des Bundes) bringt den Sieg der überlegenen Militärorganisation Berlins und damit die Befestigung einer Militärmonarchie neuen Stils

⁴ Siehe Lutz, 1815–1866, 320 f.

in Preußen. Zugleich gewinnt Bismarck die Mehrheit der kleindeutschen Nationalbewegung für den Weg der Hohenzollerndynastie zur Führung des außerösterreichischen Deutschlands. So fällt der Ausschluß Österreichs aus Deutschland mit der Bindung entscheidender nationalbürgerlicher Kräfte an den preußischen Militärstaat zusammen.

Die Ergebnisse der Epoche bis Königgrätz lassen die früher wichtig genommene Frage nach dem „Recht Preußens zum Bundesbruch“ oder – wie es Theodor Mommsen damals formulierte – nach dem „revolutionären Recht der souveränen deutschen Nation“ auf die Zerstörung des Bundes und die Errichtung einer neuen staatlichen Form als falsch gestellt und irreführend erkennen⁵. Bei den Vorgängen, die zum Ende des Deutschen Bundes und weiterhin zur Gründung des Deutschen Reiches führten, handelte es sich gewiß nicht um die „revolutionäre“ Setzung eines neuen, höheren Rechtes der deutschen Nation auf eine ihr angemessene Staatlichkeit. Es handelte sich um die erfolgreiche Durchsetzung des Führungsanspruchs eines dynastischen Einzelstaates, der die Ausschließung der österreichischen Deutschen aus dem angestrebten neuen Staatsverband wollte und sie durch militärische Gewalt erreichte. Daß dieser Teil des deutschen Volkes auch im politischen Sinne der „deutschen Nation“ angehörte, konnte – spätestens seit der Revolution 1848 – niemandem zweifelhaft sein. Die Auffassung, daß Preußen 1866 „stellvertretend für die Nation das nationale Recht auf ein höheres Maß an Einheit, Sicherheit und allgemeiner Wohlfahrt erkämpfte“, verdient also Beachtung nur als Nachhall alter Parteilichkeit und Propaganda und nicht als Hilfe zu heutiger historischer Rechenschaft. Max Weber ist der tatsächlichen Entwicklung und Motivation in einer Analyse von 1896 viel näher gekommen: „Das dynastische Österreich [war], von Bismarcks Standpunkt aus gesehen, eine Veranstaltung, welche die Zugehörigkeit von zehn Millionen Deutschen zum Reich opferte, um 30 Millionen Nichtdeutsche zu isolieren.“⁶

Der tiefe Wandlungsprozeß, den die alte Habsburger Monarchie nach 1866 durchlief, kam ihrer europäischen Stellung, die durch Königgrätz angeschlagen war, zugute. Der Durchbruch liberaler Wirtschaftsgesinnung wirkte zusammen mit einem starken konjunkturellen Aufschwung (der erst mit dem großen Wiener Börsenkrach 1873 in eine längere Depression umschlug). In politisch-konstitutioneller Hinsicht brachte der „Ausgleich“ von 1867 die Begründung des österreichisch-ungarischen Dualismus mit einer Weiterführung des liberalen Verfassungslebens. Im östlichen Teil der Monarchie übernahm die ungarische Gentry die Macht, im westlichen Teil wurden die liberalen und zentralistisch eingestellten Deutschliberalen, die sogenannte „Verfassungspartei“, zur bestimmenden politischen Kraft. Diese deutsch-ungarische Doppelherrschaft ging eindeutig auf Kosten der slawischen Bevölkerungsteile; bald zeigte sich auch, daß die nationale und politische Ge-

⁵ Anders zuletzt noch *Ernst Rudolf Huber*, *Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte* 1 (Stuttgart 1963) 551 ff.

⁶ Siehe *Max Weber*, *Gesammelte politische Schriften* (Tübingen ³1971) 449.

schlossenheit der Ungarn der deutschsprachigen Bevölkerung Cisleithaniens weit überlegen war. Der „Verfassungspartei“ standen von Anfang an klerikal-konservative Gruppierungen der Deutschen gegenüber; die Deutschliberalen waren weder in ihrer Innenpolitik noch hinsichtlich der deutschen Frage einig. Kleine radikale Minderheiten plädierten schon 1866 für die Auflösung der Habsburger Monarchie und den Anschluß an ein preußisch geführtes Deutschland.

Kaiser Franz Joseph und die österreichischen Führungsschichten hatten nach der Zerstörung des Bundes keineswegs auf die mitteleuropäische Orientierung der Monarchie verzichtet. Die Berufung des ehemaligen sächsischen Ministers Beust – eines Mannes der mittelstaatlichen Reformpolitik – zum österreichischen Außenminister und Reichskanzler bedeutete innenpolitisch ein liberales Reformprogramm, für die deutsche Frage eine neue Initiative, in Süddeutschland und darüber hinaus Einfluß zu gewinnen und die mitteleuropäische Position Österreichs mit Hilfe eines wirksamen Allianzsystems auszubauen⁷. Als sich zeigte, daß Preußen zu keiner Zusammenarbeit bereit war, die Österreichs deutsche Interessen anerkannte, suchte Wien den Weg nach Deutschland über Frankreich. Zwar wurde die neue „Achse“ Wien–Paris nun für einige Jahre zu einer bedeutsamen Realität der europäischen Politik. Aber die Ziele, die Beust und seine Gesinnungsgenossen in Österreich und Deutschland damit verknüpften, wurden aus mehreren Gründen nicht erreicht. Das nationale Bewußtsein – auch und ganz besonders bei den Großdeutschen im Süden und Westen – orientierte sich weiter in anti-französischer Richtung; die Versuche Napoleons, jene territorialen Kompensationen an der französischen Ostgrenze, die ihm Bismarck verweigert hatte, jetzt mit Hilfe der österreichischen Allianz zu erreichen, steigerten das Mißtrauen breiter Schichten in Deutschland. Das galt ebenso für die Deutschliberalen in Österreich, während die Ungarn grundsätzlich gegen jeden „Wiedereintritt in Deutschland“ waren und nur bei den – außenpolitisch machtlosen – Tschechen Sympathien für Frankreich herrschten.

Nach der Luxemburgkrise schwankte die französische Politik noch einige Zeit zwischen einem „Apaisement“ mit Preußen und einer antipreußischen Allianz mit Österreich. Im Sommer 1868 ergriff Napoleon III. die Initiative zum Abschluß eines Bündnisses mit der Habsburger Monarchie, das die europäische Politik im Sinne einer Festigung der Stellung Frankreichs beeinflussen sollte. Im November/

⁷ Zur Beurteilung Beusts siehe *Helmut Rumpler*, Die deutsche Politik des Freiherrn von Beust 1848–1850. Zur Problematik mittelstaatlicher Reformpolitik im Zeitalter der Paulskirche (Wien 1972) und *Lutz*, Österreich-Ungarn, passim. Dort auch S. 73 ff. die Analyse der beginnenden Zusammenarbeit zwischen Napoleon III. und Österreich und ihrer von Anfang an gegebenen Schwierigkeit.

Dezember verlagerten sich die Verhandlungen über einen Allianzvertrag auf eine neue Ebene: Beiziehung Italiens und Abschluß einer Tripleallianz⁸.

Worum ging es bei diesen zwischen Wien, Paris und Florenz in größtem Geheimnis geführten Verhandlungen? Der Vertragsentwurf vom 20. Mai 1869, Ergebnis intensivster Vorarbeiten und Basis aller weiteren Berechnungen (bis zur französischen Hoffnung auf Österreichs Kriegseintritt im Juli 1870) erschließt rasch das Problemfeld. Der Text, damals zwischen Wien und Paris bereits verabredet, aber noch ohne die Zustimmung König Viktor Emanuels, bestand aus einem Hauptteil und einem Zusatzprotokoll, das wesentliche Einzelfragen regelte⁹.

Der von den drei Monarchen zu schließende „Friedens-, Beistands- und Freundschaftspakt“ verpflichtete zu einem gemeinsamen Vorgehen in allen Fragen der europäischen Politik und garantierte gegenseitig den territorialen Besitzstand. Beim Auftreten von „symptômes de guerre“ in Europa werden die drei Monarchen eine Offensiv- und Defensivallianz abschließen, deren Bedingungen durch eine eigene Konvention zu regeln sind. Friedensverhandlungen und territoriale Regelungen infolge eines Krieges werden nur gemeinsam und in Übereinstimmung durchgeführt werden. Diesen allgemeinen Rahmen füllten die Einzelbestimmungen des Zusatzprotokolls aus. Italien ist verpflichtet, falls Frankreich oder Österreich in den Krieg eintreten, sogleich eine Armee von 200 000 Mann zur Verfügung zu stellen. Österreich wird im Falle eines Krieges mit Preußen der sofortige Kriegseintritt Frankreichs und Italiens zugesagt, „de tout le concours de leurs armes, dans le but d'assurer son intégrité“. Frankreich und Österreich versprechen Italien eine Verständigung über ein gemeinsames Vorgehen auf dem Vatikanischen Konzil und im Falle der Wahl eines Nachfolgers für Pius IX. Italien darf im Gebiet von Tunis einen Flottenstützpunkt errichten und darf, falls die Schweiz die Neutralität verletzt, den Kanton Tessin annektieren; es erhält von Wien, im Falle eines gemeinsamen Sieges und anderweitiger Territorialgewinne Österreichs, Trient und Rovereto; von Frankreich wird ihm im gleichen Falle eine Grenzberichtigung bei Nizza gewährt. Frankreich wird Italien im Kriegsfall sämtliche Militärausgaben vorschußweise bezahlen (Tilgung durch Kriegsentschädigung oder durch Frankreich zugesagt). Frankreich wird mit allen Mitteln eine Anleihe, die Österreich vor Eintritt in den Krieg benötigt, unterstützen.

Eine für Österreich zentrale Frage war in diesem Vertragstext mit Stillschweigen übergangen bzw. durch den Verweis auf die im Kriegsfall abzuschließende, ergänzende Konvention offengelassen worden: die unbedingte Forderung Wiens, daß

⁸ Die Quellenbasis für diese Verhandlungen bietet bis heute vor allem die Edition von *Hermann Oncken*, *Die Rheinpolitik Kaiser Napoleons III. von 1863 bis 1870 und der Ursprung des Krieges von 1870/71*, 3 Bde. (Berlin–Leipzig 1926), im folgenden zitiert: *Oncken*. Vgl. insgesamt zur französischen Politik den Beitrag von *Wilfried Radewahn* im vorliegenden Band, S. 33 ff., der sich in einigen Interpretationsfragen von meinen Auffassungen in anregender Weise unterscheidet.

⁹ Siehe *Oncken* 3, 185 ff.

Österreich bei einem Konflikt zwischen Frankreich (und Italien) nur mit Preußen (ohne Rußland) neutral bleiben könne. Dies war in der Tat der Angelpunkt der österreichischen Vertragspolitik. Die Zustimmung Napoleons zu dem Projekt vom 20. Mai zeigt, daß er im Punkte der österreichischen Neutralität jedenfalls zeitweilig nachzugeben bereit war (was eine für Wien sehr günstige, einseitige Hilfsverpflichtung Frankreichs bedeutet hätte und dem Vertrag eine wesentlich pazifizierende und Paris zurückhaltende Funktion gegeben hätte).

Die in der deutschsprachigen Forschung bis heute stark nachwirkende These Hermann Onckens – konzipiert in der antifranzösischen Stimmung der frühen 20er Jahre – sah die Geschichte dieser Vertragsverhandlungen als einen kohärenten Verlauf, der trotz aller Wechselfälle zu einer immer engeren Gemeinsamkeit der gegen Deutschlands nationale Lebensziele gerichteten Politik Frankreichs und Österreich-Ungarns führte. Die breite dokumentarische Basis, die Oncken in den drei Bänden seiner „Rheinpolitik Kaiser Napoleons III.“ 1926 geboten hat, ist bis jetzt nicht sehr wesentlich erweitert worden. Sie hätte den Herausgeber selbst eines Besseren belehren können. Aber Oncken blieb ganz auf die einseitige These der französischen „Rheingelüste“ fixiert. Er übersah die Bedeutung der orientalischen Frage, verfehlte die Linien der Wiener Politik und blieb in seinem moralischen Urteil ganz einseitig: Das Recht war auf seiten der deutschen Nation und ihres Einheitswillens. Das französische Sicherheitsbedürfnis verstieß gegen dieses Recht; es war nur ein kaum verhüllter nationaler Egoismus, der das „ungeschriebene Sittengesetz des Völkerlebens“ verletzte¹⁰. So wurden die tief in der europäischen Geschichte angelegten Probleme der politischen Struktur Deutschlands in ihrem Verhältnis zum französischen Nationalstaat und zum europäischen Gleichgewicht geradezu als nicht existent erklärt. Oncken sprach gewissermaßen Frankreich das Recht ab, seine Interessen durch das erstmalige Entstehen einer modernen nationalistischen Militärmacht in der Mitte Europas bedroht zu sehen. – Die Revision dieser faktischen und moralischen Fehltritte hat inzwischen kräftig eingesetzt. Mit den Arbeiten von Engel-Janosi, Victor L. Tapié und auch Potthoff hat die Forschung einen neuen Stand erreicht¹¹. Die eigentlichen Fragen können nun differenziert behandelt werden. Bei einer Analyse des gesamten bekannten Aktenmaterials treten einige Gesichtspunkte besonders deutlich hervor. Beust hatte wohl im wesentlichen recht, wenn er während und auch nach den Vertragsverhandlungen stets die „intentions pacifiques“ der österreichischen Seite betonte und seinen aggressiveren Botschafter in Paris, Fürst Richard Metternich, immer wieder mit

¹⁰ Ebd. 1, 119.

¹¹ *Friedrich Engel-Janosi*, Die römische Frage in den diplomatischen Verhandlungen 1869/70, in: *ders.*, Geschichte auf dem Ballhausplatz (Graz 1963) 143 ff.; *Victor-Lucien Tapié*, Autour d'une tentative d'Alliance entre la France et l'Autriche 1867–70 (Österreichische Akademie der Wissenschaften, phil.-hist. Klasse, SB 274, 5. Abteilung, Wien 1971); *Heinrich Potthoff*, Die deutsche Politik Beusts von seiner Berufung zum österreichischen Außenminister Oktober 1866 bis zum Ausbruch des deutsch-französischen Krieges 1870/71 (Bonn 1968).

Schärfe auf diese Linie zurückholte. Die französische Seite hatte ursprünglich eine Formulierung von Kriegszielen in Deutschland in den Vertrag bringen wollen:

„daß, im Falle eines Krieges in Deutschland, beide Mächte oder Frankreich allein, falls es allein engagiert ist, die Waffen nicht eher niederlegen, als bis in Deutschland die Grundlagen eines dauernden Friedens durch Herstellung eines neuen, aus möglichst gleich mächtigen Staaten zu bildenden Bundes geschaffen, der Zweck des Krieges sonach erreicht ist“¹².

Das war alles andere als harmlos. Es bedeutete: Rückgriff hinter 1866 und eine noch weitergehende Schwächung, wenn nicht Zerstückelung Preußens. Doch dieser Passus verschwand im Laufe der weiteren Verhandlungen völlig. Es blieb eine allgemeine Bestimmung (Artikel VI.), die alle Fragen „de compensations et de remaniements territoriaux en conséquence d’une guerre éventuelle“ der gemeinsamen Beschlußfassung der drei Monarchen zuwies. – Mit der orientalischen Frage ging es ähnlich. Sie stand am Anfang von *Wien her* im Vordergrund¹³. Nachdem sich aber herausstellte, daß Frankreich keineswegs bereit war, im Falle eines österreichisch-russischen Krieges ein Expeditionskorps in den Orient zu entsenden – nur keine Wiederholung des Krimkrieges! –, erscheint ein Interesse Wiens an einer Akzentuierung der orientalischen Frage im Vertragstext nicht mehr gegeben.

Insgesamt ergibt sich ein umfassendes Tableau der defensiven Bedürfnisse Österreich-Ungarns und der entsprechenden, von der Tripleallianz erwarteten Sicherheiten:

Sicherheit gegen Isolierung im Falle eines preußischen Angriffes

Sicherheit gegen Isolierung im Falle eines russischen Angriffes

Sicherheit gegen einen italienischen Angriff

Sicherheit gegen ein Arrangement Frankreichs mit Preußen auf Österreichs Kosten

Allgemeine außenpolitische Absicherung, um der inneren Krise entgegenwirken zu können.

Ein weiteres Ziel der österreichischen Allianzpolitik gegenüber Frankreich wurde von Beust post festum, d.h. nach dem Kriege und im Rückblick auf die scharf kritisierte Pariser Politik in der Hohenzollernkrise, stark betont. Beust analysierte 1874 gegenüber seinem Amtsnachfolger Andrassy die Absicht einer „Kontrolle“ der *antipreußischen Politik* Napoleons (als Ergänzung zu der Verhinderung einer Verständigung mit Preußen) folgendermaßen:

„... Die Gefahr, die uns bei dem bekannten Charakter ... des Kaisers Napoleon vorschweben mußte, war eine doppelte, daß er sich auf unsere Kosten in eine Verhandlung mit Preußen einlassen, und daß er zu unserem Schaden einen Krieg mit Preußen überstürzen werde. Wie sehr die erstere Befürchtung begründet gewesen, beweist die seitdem bekannt gewordene Verhandlung wegen Belgien, die zweite

¹² Oncken 3, 112.

¹³ Siehe Lutz, Österreich-Ungarn, 99 ff.

hat der Krieg von 1870 in dem stärksten Maße verwirklicht. Die erstere Gefahr wurde durch den Brief des Kaisers Napoleon entfernt, die zweite nicht; sie wäre es aber gewesen, wenn die beabsichtigte Vereinbarung ratifiziert wurde, daß nämlich in allen Fragen gemeinsame diplomatische Aktion einzutreten habe. Es ist gewiß keine Überhebung zu behaupten, daß solchenfalls wir den Krieg von 1870 zu verhindern gewußt hätten.“¹⁴

Diese nachträglichen Feststellungen Beusts lassen sich natürlich hinsichtlich der Behauptung, der Vertrag mit Österreich und Italien hätte den Krieg Frankreichs mit Preußen verhindert, nicht kontrollieren. Sie lassen sich aber hinsichtlich der österreichischen Absicht kontrollieren, mit allen Mitteln Napoleon an einer anti-preußischen Provokation zu hindern. Davor warnt Beust 1868 und 1869: eine solche Provokation würde die Entente Österreichs mit Frankreich kompromittieren, Österreich und Italien in die schwierigste Lage bringen, Preußen außerordentlich nützen, da das *ganze Deutschland* sich dann auf seine Seite schlagen werde. Das war die präzise Vorwegnahme der dann im Juli 1870 eingetretenen Situation.

Noch ist in aller Kürze auf die Situation einzugehen, die sich durch das Nichtzustandekommen eines formalen Vertragsabschlusses ergab. Bekanntlich wurden die Vertragsverhandlungen im Herbst 1869 mit dem Austausch von Briefen zwischen den drei Monarchen eingestellt. Napoleons Brief an Franz Joseph vom 24. September enthielt eine doppelte Zusage¹⁵: sofortige uneingeschränkte Hilfe Frankreichs für Österreich, wenn es durch einen Angriff bedroht wird; keine Verhandlung mit einer fremden Macht ohne vorherige Verständigung mit Österreich. Der entsprechende Brief Franz Josephs an Napoleon ist verschollen – auch ich konnte ihn nicht auffinden. Das ist aber nicht wichtig, da sich sein Inhalt ziemlich genau rekonstruieren läßt¹⁶. Franz Josephs Erklärung bot *keine* volle Reziprozität zu Napoleons Zusagen, sondern beschränkte sich auf den zweiten Punkt: ohne vorherige Verständigung wird er keine „*négotiation*“ mit einer anderen Macht aufnehmen. Schließlich der Brief Viktor Emanuels an Napoleon¹⁷: er legte sich weder in dem einen noch in dem anderen Punkt fest, sondern gab nur eine bedingte Absichtserklärung: Wunsch nach baldigem Abschluß der Tripleallianz, Bereitschaft zur Unterzeichnung, wenn eine befriedigende Lösung der römischen Frage gefunden ist.

Damit stehen wir nun vor der Frage nach den Gründen des Scheiterns der Allianzverhandlungen. Friedrich Engel-Janosi hat in eindringlicher Weise die Bedeutung der römischen Frage für das Scheitern herausgearbeitet¹⁸. Die römische Frage, d. h. die Frage der Aufrechterhaltung der weltlichen Herrschaft des Papstes in Rom und in den Resten des Kirchenstaates, war damals von dem moralischen

¹⁴ Friedrich Ferdinand Graf von Beust, *Aus drei Viertel-Jahrhunderten. Erinnerungen und Aufzeichnungen*, Bd. 2 (Stuttgart 1887) 341.

¹⁵ *Oncken* 3, 235.

¹⁶ Siehe *Lutz*, *Österreich-Ungarn*, 146 und 524 f.

¹⁷ *Oncken* 3, 240 f.

¹⁸ *Friedrich Engel-Janosi* (siehe Anm. 11).

und faktischen Schutz Napoleons abhängig. Ein kleines französisches Okkupationskorps sicherte Rom. Gegenüber der in ganz Italien laut gewordenen Parole „Roma capitale!“ hatte 1867 Napoleons Staatsminister Rouher emphatisch erklärt: „L'Italie ne s'emparrera de Rome, jamais!“ Dafür hatte er Beifall und Unterstützung der katholisch-konservativen Gruppen nicht nur in Frankreich, sondern in ganz Europa. Das Pro und Contra in der römischen Frage war tief in der politischen und kirchlichen Geschichte des Kontinents begründet. Der liberale Protestant Beust vermochte es, die traditionell papstfreundliche Politik Österreichs im Interesse der Allianz mit Frankreich und Italien weitgehend zu modifizieren. Das entscheidende Hemmnis lag in Paris. Dort weigerte man sich, Viktor Emanuels Forderungen nachzukommen, um so mehr, als alle Ausgleichsverhandlungen mit Pius IX. gescheitert waren und der Beginn des 1. Vatikanischen Konzils das öffentliche Interesse am päpstlichen Rom weiter steigerte. Beust versuchte wiederholt, zwischen Viktor Emanuel und Napoleon im Sinne eines baldigen Abzugs der französischen Truppen – also einer Preisgabe des päpstlichen Roms – zu vermitteln. Aber selbst nach Kriegsbeginn kam er damit nicht zum Ziele. Es erwies sich die Unmöglichkeit, ein so tief in der europäischen Geschichte begründetes Problem wie die ‚Question Romana‘ mit den Mitteln der Geheimdiplomatie auf der Ebene der angestrebten Tripleallianz zu lösen. Der 20. September 1870 brachte mit der militärischen Eroberung der von den französischen Truppen verlassenen Stadt Rom eine Gewaltlösung. Dies entsprach der Signatur des neuen Zeitalters.

Victor-L. Tapié¹⁹ hat sodann in einer ausgewogenen Analyse der Allianzverhandlungen neben der Bedeutung der römischen Frage einen weiteren Gesichtspunkt betont, der hervortritt, wenn man die Geheimverhandlungen mit dem Blick auf die innenpolitischen Verhältnisse und auf die öffentliche Meinung der beiden Kaiserstaaten verfolgt: beide Partner wollten das Bündnis, aber jeder wollte es zu einem anderen Zweck. Tapié faßt zusammen: „La France, le gouvernement et l'opinion publique souhaitaient l'alliance de l'Autriche en prévision d'une guerre contre la Prusse. En Autriche, seulement des cercles restreints acceptaient cette perspective; le chancelier Beust croyait l'alliance utile, si elle fournissait des garanties pour la politique en Orient et à l'extrême, dans le cas d'une guerre avec la Russie. Une partie de l'opinion autrichienne et la Hongrie tout entière répugnaient à un nouveau conflit avec la Prusse, encore plus avec toute l'Allemagne.“

Das ist richtig gesehen. Doch weitere Beobachtungen führen dazu, diese Betrachtungsweise, die Innenpolitik und öffentliche Meinung einbezieht, zu erweitern und zu radikalisieren. Die innere Dynamik des Empire libéral drängte zum baldigen Einsatz seiner Kräfte, zum Kampf mit Preußen um Sicherheit und Hegemonie. Gleichzeitig werden aber in Frankreich von 1868 bis 1870 grundlegende Krisensymptome des bestehenden staatlichen Systems sichtbar. Ähnliches gilt in verschärfter Weise für Österreich. Die Erschütterung der anscheinend noch festen

¹⁹ Victor-Lucien Tapié (siehe Anm. 11) 35.

staatlichen Fundamente, von denen aus Frankreich und Österreich-Ungarn 1868 die Verhandlungen begonnen hatten, macht einen wesentlichen Inhalt der inneren Politik der folgenden zwei Jahre auf beiden Seiten aus. Beide Partner beobachteten sehr genau die Krisensymptome der Gegenseite. Auf beiden Seiten sank 1869/70 das Zutrauen zum Bündnispartner. Und nicht nur Frankreich begann im Winter 1869/70 einen Flirt mit Rußland; auch Österreich suchte damals neuerlich eine Entspannung im Verhältnis zu Preußen und Rußland. Diese partielle Neuorientierung hing nicht nur mit dem gesunkenen Vertrauen zu Paris, sondern auch mit der inneren Krise der Donaumonarchie zusammen.

Dabei lag für den Ballhausplatz auf französischer Seite – abgesehen von der Gesamtkrise des napoleonischen Systems, auf die ich hier nicht eingehen kann – eine ganz unmittelbare Störung in der fundamentalen Erschwerung von Geheimverhandlungen, bedingt durch den Abbau der persönlichen Autorität Napoleons, den Übergang zum parlamentarischen System und die Schwankungen der außenpolitischen Linie. Auf Moustier folgte La Valette als Außenminister, dann La Tour d'Auvergne, schließlich Daru als erster parlamentarischer Ressortchef, zuletzt Gramont. Der Staatsminister Rouher, der eigentliche Träger der Geheimverhandlungen, hatte schon im Mai 1869 demissioniert. Ollivier hatte mit Hilfe des Generals Fleury versucht, im Winter 1869/70 eine Annäherung an Rußland zu betreiben, die mit Wien gar nicht abgesprochen war. So kam es beispielsweise zu der grotesken Situation, daß Ollivier den österreichischen Botschafter Metternich „entre poire et fromage“ auf eine mögliche Abtretung Galiziens an Rußland ansprach²⁰. Unter vielen Verunsicherungen ist noch ein Beispiel zu nennen: Gramont, bisheriger Botschafter Frankreichs in Wien, wird im Mai 1870 Außenminister. Wien drängt Napoleon, ihn nun endlich in die Geheimverhandlungen und in die „moralische Bindung“ der Monarchenbriefe einzuweißen. Napoleon weigert sich zunächst. Er gibt dann insofern der österreichischen Forderung nach, als er Gramont, der Ende Mai nochmals in Wien weilt, durch Beust mit den Geheimverhandlungen und ihrem Ergebnis bekannt machen läßt. Die Reaktion Gramonts, hochmütig und für Österreich wohl wenig vertrauenerweckend: der Wille des Souveräns genüge jetzt nicht mehr, um das Land zu verpflichten. Auf Beusts Einwand, das Plebiszit vom 8. Mai habe doch das persönliche Regime wieder befestigt, war Gramonts Antwort: „Cela n'empêche pas que les engagements pris n'auraient aucune signification, si je ne les acceptais pas, mais je les accepte.“²¹ Von einer Wiederaufnahme der Verhandlungen und einer baldigen Unterzeichnung des Vertrags wollte Gramont aber nichts hören. Eine Wiener Sondierung im Sinne der Reaktivierung der „grande affaire“ wies er Ende Juni eindeutig ab: „Il faut la laisser dormir maintenant.“ Im Juli sah es dann bald anders aus.

Der Vorgang der Erschütterung des staatlichen Systems auf österreichischer

²⁰ Siehe Lutz, Österreich-Ungarn, 147.

²¹ Siehe Oncken 3, 370 ff.; dazu Lutz, Österreich-Ungarn, 148 f. und Radewahn in diesem Band, S. 54 f.

Seite von 1868 bis 1870 müßte ausführlich illustriert werden, um die alarmierende, rasche Verschärfung der Krise des dualistischen Systems durch die Nationalitäten- und Verfassungskämpfe und damit die wesentliche Schwächung der politischen Aktionsfähigkeit der Regierung zu zeigen. Die tschechischen Autonomieforderungen, seit 1868 im Sinne des historischen böhmischen Staatsrechtes in der berühmten „Deklaration“ formuliert, stellten das Gesamtgefüge des Dualismus in Frage. Sie suchten Unterstützung im Ausland, in Rußland und in Frankreich²². Daß Paris die tschechischen Forderungen nicht unterstützte, vielmehr einen Ausgleich im dualistischen Rahmen empfahl, war eine loyale Unterstützung für den Ballhausplatz, vermochte aber die Krise nicht zu bremsen. Die nationalen Forderungen der Polen, der Slowenen, der Kroaten, Serben, Italiener und Rumänen machten sich mit zunehmender Stärke geltend. Beusts Verhandlungen mit den Prager Führern über partielle Zugeständnisse blieben erfolglos, dagegen verschärfte sich der Widerspruch der Deutschliberalen gegen jede proslawische Konzession. Der cisleithanische Reichsrat, von Anfang an von den Tschechen boykottiert, wurde im Januar 1870 von den Klerikalen verlassen, im März 1870 durch den Exodus der Polen, Rumänen, Slowenen und Italiener vollends arbeitsunfähig. Im Dezember 1869 spaltete sich das cisleithanische Ministerium in eine deutsch-zentralistische Mehrheit und eine Minderheit, die für Kompromisse mit den slawischen Nationalitäten eintrat. In letztere Richtung wies das föderalistische Reformprogramm der neuen Regierung, die seit April 1870 von dem polnischen Grafen Potocki geführt wurde. Aber nicht nur die Deutschliberalen, auch die Tschechen leisteten der neuen Regierung unerbittlichen Widerstand. All diese Vorgänge in Cisleithanien schwächten die Position des Reichskanzlers Beust und hoben den Einfluß der ungarischen Regierung mit ihrer kompakten parlamentarischen Basis (in der Déakpartei) und ihrem mächtigen Ministerpräsidenten Andrassy. Er wurde seit 1869 als möglicher und baldiger Nachfolger Beusts genannt.

Natürlich kam die Frage der französischen Allianz niemals offiziell in parlamentarischen oder sonstigen Beratungen mit den Vertretern der Tschechen, Polen, Ungarn oder Deutschliberalen zur Sprache. Doch ihre Stellungnahme im damaligen Parallelogramm der Kräfte war bekannt und mußte von Wien bei dieser prekären Situation ständig beachtet werden: Dominierend war die Ablehnung jedes Zusammengehens mit Frankreich durch die Deutschliberalen. Auch die in Ungarn herrschende Déakpartei war sehr skeptisch gegen die profranzösische Politik des Ballhausplatzes; sie fürchtete antipreußische Engagements und wollte auf jeden Fall den Ballhausplatz an einer Wiederaufnahme einer aktiven Deutschlandpolitik hindern. Dagegen fiel die Sympathie der Polen und Tschechen für Frankreich wenig ins Gewicht, wenig auch die profranzösisch-antipreußische Haltung der sogenannten „Hofpartei“. Zusammengefaßt: die innenpolitische Basis für ein langfristiges,

²² Für die tschechische Bewegung und ihre Wirkungen auf die Wiener Politik siehe zuletzt *Thomas Kletečka, Das Ministerium Hohenwart-Schäffle 1871* (Wiener phil. Diss. 1985) und den Beitrag von *Jan Křen* in diesem Bande, S. 17 ff.

wirkungsvolles Zusammengehen der Monarchie mit Frankreich war von Anfang an nicht stark und wurde durch die Krise des Vielvölkerstaates 1869/70 noch weiter geschwächt.

Zuletzt sollen in knapper Form noch die militärischen Verhandlungen analysiert werden, die im Frühjahr und Frühsommer 1870 zwischen Paris und Wien stattfanden. Sie hatten keinerlei unmittelbare reale Folgen, sind aber in hohem Grade aufschlußreich für die tieferliegenden Probleme der österreichischen, der französischen und der europäischen Politik und Kräftekonstellation kurz vor dem Ausbruch des Krieges. Protagonist auf österreichischer Seite war Erzherzog Albrecht, Generalinspektor der Armee, hochkonservativer Exponent der „Hofpartei“, Gegner Preußens und der österreichischen Deutschliberalen. Wir wissen über diese Verhandlungen nur aus den Memoiren der französischen Generäle Jarras und Lebrun; das ist viel und wenig zugleich²³. Es ist nicht bekannt, was Beust von der Frankreichreise Albrechts und den anschließenden Verhandlungen mit General Lebrun in Wien hielt. Man weiß auch nicht, welchen Stellenwert Franz Joseph diesem militärischen Meinungsaustausch beimaß – ob er nur Klarheit über die militärische Leistungsfähigkeit und Planung Frankreichs wünschte, ob er ein Alibi gegenüber den zum baldigen Krieg mit Frankreich gegen Preußen drängenden Kräften suchte (Albrecht gehörte wohl nicht dazu; er wies damals ständig auf den noch unfertigen Stand der Heeresreorganisation Österreichs hin), oder ob er – im Sinne Beusts – Frankreich nochmals vor einem Abenteuer gegen Preußen warnen wollte.

Eines sind die strategischen Pläne Österreichs für eine Zusammenarbeit mit Frankreich, wie sie Albrecht bei Gelegenheit einer Reise in Paris darlegte, ein anderes die etwas spätere politische Stellungnahme des Kaisers in seiner für Napoleon bestimmten Erklärung gegenüber General Lebrun, der ihn im Juni 1870 in Wien aufsuchte. Die Monarchie – so Albrecht – braucht sechs Wochen zur Mobilmachung, wird deshalb zunächst im Schutze der Neutralität sich bereit machen. Die französische Armee, nach seiner Meinung rascher marschbereit als die preussische, sollte sofort mit möglichst starken Kräften über den Rhein nach Süddeutschland vorstoßen und die Süddeutschen von Norddeutschland trennen, während an der Saar eine zweite, wesentlich schwächere Formation eine Ablenkungsoffensive durchführt. Wenn der massive französische Vorstoß über Stuttgart bis in den Raum von Nürnberg gelangt ist, hat Österreich seinen Aufmarsch in Böhmen beendet, erklärt den Krieg und vereinigt seine Hauptarmee in Oberfranken mit den Franzosen, während gleichzeitig die Italiener über den Brenner in Bayern einrücken (geringe Widerstandskraft der süddeutschen Truppen, vielleicht Abfall von Preußen wird erwartet). Die vereinigten Armeen Frankreichs und Österreichs marschieren gegen Berlin, in der Ebene von Leipzig ist mit der ersten großen Schlacht zu rechnen. Preußen wird an seiner „Wespentaille“ von Berlin bis Stettin durchsto-

²³ L. Jarras, *Souvenirs du Général Jarras, Chef d'État-Major général de l'Armée du Rhin 1870* (Paris 1892); Barthélemy Lebrun, *Souvenirs Militaires 1866–1870* (Paris 1895). Dazu Lutz, *Österreich-Ungarn*, 149 ff.

ßen. Nur östlich davon ist mit weiterem Widerstand zu rechnen. Jedenfalls muß die Mobilmachung im März beginnen, die erste Entscheidungsschlacht soll möglichst noch im Mai stattfinden. Bei späteren Terminen besteht die Gefahr eines Eingreifens Rußlands, das bis in den April durch Tauwetter gelähmt ist.

Dieser Feldzugsplan, phantastisch klingend, ergab sich logisch aus den damaligen Bedingungen österreichischer Rüstung und Politik. Fundamental war der Sechswochenvorbehalt. Daß er nicht nur militärorganisatorisch bedingt war, sondern auch politische Bedeutung hatte, wurde von Albrecht nicht gesagt, von französischer Seite aber rasch erkannt. Und hier setzte nach dem Pariser „Kriegsrat“ im Mai 1870 unter Napoleons Vorsitz die Gegenforderung ein: Lebrun sollte nach Wien reisen, um das Projekt so umzuändern, daß Frankreich nicht sechs Wochen einem überlegenen Gegner gegenüberstehe. Dies gelang Lebrun im Juni 1870 nicht; es ist sehr fraglich, ob man bei weiteren Verhandlungen zu einem Kompromiß gekommen wäre. Denn in der Audienz, die der Kaiser im Park von Laxenburg General Lebrun erteilte, kamen die politischen Implikationen deutlich zur Sprache. Laut Lebruns Bericht erklärte Franz Joseph:

„Je ne puis qu'approuver les moyens proposés pour l'exécution du plan dont il [l'archiduc] m'a parlé, au point de vue militaire. Mais je dois vous dire qu'avant tout, je veux la paix; si je fais la guerre, il faut que j'y sois forcé. Je me plais à espérer que l'Empereur Napoléon voudra bien tenir compte de ma situation personnelle politique, tant à l'intérieur qu'à l'extérieur. Si je déclarais la guerre, en même temps que lui, il n'est pas douteux, qu'exploitant de nouveau l'idée allemande, la Prusse pourrait surexciter et soulever à son profit les populations allemandes, non pas seulement chez elle et dans l'Allemagne du sud; mais aussi dans l'Empire austro-hongrois, ce qui serait très fâcheux pour mon gouvernement.

Mais si l'Empereur Napoléon, forcé d'accepter ou de déclarer la guerre, se présentait avec ses armées dans le midi de l'Allemagne, non point en ennemi, mais en libérateur, je serais forcé de mon côté de déclarer que je fais cause commune avec lui. Aux yeux de mes peuples, je ne pourrais faire autrement que de joindre mes armées aux armées françaises. Voilà ce que je vous prie de dire de ma part à l'Empereur Napoléon, j'espère qu'il verra, comme moi, ma situation politique, intérieure et extérieure.“²⁴

Der Kaiser stellte sich damit auf den Boden, der durch die Geheimverhandlungen vorbereitet war: abwartende Neutralität Österreichs bei einem isolierten Krieg zwischen Frankreich und Preußen und äußerste Schonung des deutschen Nationalgefühls als Voraussetzung einer gemeinsamen Aktion. Von dem naheliegenden Problem Rußland war freilich gar nicht die Rede. Und man muß sich fragen, ob eine Situation mit Napoleon als „Befreier“ in Süddeutschland, wie sie der Kaiser hypothetisch einsetzte, in Wien damals noch ernsthaft für möglich gehalten wurde. Und was die französische Seite anging, so vermitteln die oben erwähnten Verhand-

²⁴ *Lebrun* 146 ff., Wiederabdruck bei *Oncken* 3, 376 ff.

lungen zwischen Beust und Gramont im Juni 1870 nicht den Eindruck, daß von Paris her damals eine auch nur einigermaßen funktionierende Koordination der militärischen mit den politischen Perspektiven gegeben war. Während also Wien sich mit großer Vorsicht so lange wie möglich die Chance einer politisch-militärischen Option für Frankreich gegen Preußen (und mit Italien) offenhielt, war der Weg der französischen Politik vom Juni 1870 bis zu dem bei Kriegsbeginn auftauchenden Rechnen-Wollen mit einem sofortigen Eingreifen Österreichs und der darauf folgenden Enttäuschung von Unsicherheit und Illusionismus geprägt. Doch diese wesentlichen Unterschiede bedeuteten nicht, daß Österreich von dem Zusammenbruch der bisherigen europäischen Kräftekonstellation, die Sedan brachte, unberührt blieb.

Ein Ausblick auf die Entscheidungen von 1870/71 erhärtet, was über den sehr engen Zusammenhang der deutschen Frage mit der europäischen Stellung Österreich-Ungarns einleitend gesagt wurde. Der Sieg Preußens über Frankreich, das Ende der Selbständigkeit der süddeutschen Staaten und die Entstehung des Deutschen Reiches bewirkten, daß Österreich nicht mehr zu der ersten Garnitur der europäischen Mächte gehörte.

Die Umstände, unter denen im Sommer 1870 der Krieg Preußens gegen Frankreich begann, zerstörten die Grundlagen der bisherigen österreichischen Deutschlandpolitik. Genau das hatte Bismarck gewollt: Im Zeichen der „Emser Depesche“, der Verteidigung nationaler Ehre und Existenz, funktionierten die Militärbündnisse der süddeutschen Staaten mit Preußen auf der Stelle. Von einer abwartenden Neutralität Süddeutschlands, wie sie Wien gewünscht hätte, war keine Rede. Die Donaumonarchie selbst konnte Frankreich keine militärische Hilfe leisten; sie mußte auf die Sicherung ihrer Ostflanke gegen das mit Preußen verbündete Rußland bedacht sein. Und schon nach den ersten großen Siegen der deutschen Heere in Frankreich erfaßten nationale Triumphgefühle ohnegleichen die Bevölkerung in Nord- und Süddeutschland, auch viele der Deutschen in Österreich. Wien versuchte durch eine Liga der Neutralen – mit England, Rußland und Italien – vermittelnd in das französisch-preußische Duell einzugreifen und vor allem die Selbständigkeit Süddeutschlands zu erhalten²⁵. Noch einmal tauchte die Konzeption des engeren und weiteren Bundes auf. Bayern und Württemberg sollten als „Pufferzone“ zwischen Österreich und dem preußisch geführten Bund erhalten bleiben. Aber Bismarck gelang es, Rußland und Italien von einer solchen Aktion abzuhalten und die Süddeutschen in den neuen Bundesstaat zu bringen. Daraufhin vollzog die Wiener Politik seit November/Dezember 1870 eine entschiedene Schwenkung, die auch in der Monarchie mit der Zustimmung der Deutschliberalen und

²⁵ Zum Folgenden vgl. *Lutz*, Österreich-Ungarn 284 ff. – Zur Frage der längerfristigen Bedeutung des Endes der Selbständigkeit der süddeutschen Staaten für die europäische Politik siehe jetzt die weiterführenden Überlegungen von *Paul W. Schroeder*, *The Lost Intermediaries: The Impact of 1870 on the European System*, in: *The International History Review* 6 (1984) 1 ff.

der Ungarn rechnen konnte: Wien ging auf Bismarcks Angebote ein und sicherte Bismarck die freundschaftliche Anerkennung des neuen Reiches zu.

Die Motive dieser folgenreichen Wendung, die schon auf den Zweibund von 1879 hinwies, sind auf der österreichischen Seite klar: Wien fürchtete 1870/71 die Anziehungskraft des neuen deutschen Nationalstaates auf die Deutschen in Österreich; angesichts der eindeutigen Zusicherungen Bismarcks, keinen „Anschluß“, sondern die Erhaltung der Monarchie zu wollen, konnte Wien fest damit rechnen, durch die rasche Annäherung an das neue Reich jede Unterstützung einer Anschlußbewegung durch Berlin abzuschneiden. Zugleich erwartete sich die österreichische Regierung eine Förderung ihrer Balkaninteressen durch Bismarck und faßte schon jetzt – 1871 – einen beherrschenden Mitteleuropablock durch das Zusammengehen mit Preußen-Deutschland ins Auge. „Faktisches Prädominieren Mitteleuropas in der Waagschale der europäischen Geschicke“ – so bezeichnete Beust im Mai 1871 gegenüber Franz Joseph das Ziel der entschiedenen Hinwendung zu dem neuen Deutschen Reich²⁶.

²⁶ Siehe *Heinrich Lutz*, Zur Wende der österreichisch-ungarischen Außenpolitik 1871. Die Denkschrift des Grafen Beust für Kaiser Franz Joseph vom 18. Mai, in: *Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs* 25 (1972) 169 ff. Von *Istvan Diószegi* erscheint demnächst in deutscher Sprache eine Analyse der Außenpolitik Österreich-Ungarns in der Ära Andrassy.